

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Zugpreis vierteljährlich 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Joh. Scherm.
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Röttestraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8900.

Anzeigengebühr für die sechsgespaltene Kolonetzelle:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 2 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Der militärische Zukunftsstaat

IK. Vor etwa drei Wochen wurde durch Kaiserliche Kabinettsorder das neue „Kriegsamt“ zur Sicherstellung der Heeresbedürfnisse und zur Beschaffung und Ernährung der dafür erforderlichen Arbeiter ins Leben gerufen. In den letzten Tagen häuften sich die Nachrichten, daß diesem Kriegsamt weit größere Aufgaben angewiesen seien, als man zuerst vermuten konnte. Seine Errichtung wurde in Verbindung gebracht mit einer allgemeinen Zivildienstpflicht für Heeresbedürfnisse. In der Tat aber wird das Tätigkeitsgebiet des neuen Amtes noch viel weiter greifen und die Organisation des gesamten deutschen Wirtschaftslebens für die Zwecke der Kriegsführung auf sich nehmen. Wir erfuhr im Kriegsamt selbst über den gewaltigen Plan, der hier verfolgt wird, ungefähr das folgende.

Der unmittelbare Zweck des Kriegsamts ist die Versorgung des Feldheeres mit Waffen und Munition. England hat auf diesem Gebiete mit einer geradezu vorbildlichen Energie ungeheure Anstrengungen gemacht und in der Produktion von allem Kriegsgüter eine ungeheure Steigerung erreicht und einen kolossalen Erfolg erzielt, dessen Wirkung sich in der Sommeschlacht zeigt. Wenn an der Spitze gleichwohl die ungeheuerlichen Anstrengungen der Feinde gescheitert sind, so verdanken wir dies der glänzenden, über alles Lob erhabenen Tapferkeit des deutschen Frontsoldaten, „unserer Menschen“. Gleichwohl bleibt die Sommeschlacht eine gewaltig ernste Mahnung für die Zukunft. Die vermehrte Beschaffung von Waffen und Munition ist ein dringendes Gebot und sie erfordert vor allem Dingen die Mobilisierung der mit Rohstoffen versehenen Wirtschaft des Kriegsvollzugsamtes reichlich versehen. Es gilt also, Menschen für die Bereitstellung aller Geräte der Kriegsführung mobil zu machen, und diese Mobilisierung im Hinterland steht natürlich im engsten Zusammenhang mit der Frage des Heeresbedarfes. Feldheer und Seemarine müssen zu einem Block zusammen geschaltet werden. Weit früher als wir hat Lloyd George die Bedeutung dieser Zusammenfassung erkannt und wir dürfen nicht länger zögern, dem englischen Beispiel zu folgen.

Die Aufgabe des Kriegsamts ist danach die Organisation aller Arbeit in Deutschland und zugleich des Heeresbedarfes. Sein Ziel ist die Mobilisierung aller deutschen Menschen, sowohl der im grauen Feldbrod wie derer im Zivilbrod. Alle zusammen müssen die Kriegsarbeit leisten.

Die Organisation des Kriegsamts ist ungefähr folgendermaßen gedacht. An der Spitze der großen gewaltigen Unternehmung steht das Kriegsamt, dessen Leitung bekanntlich dem württembergischen Generalmajor Groener, dem früheren Chef des Feldbahnwessens, übertragen ist. Dieses Kriegsamt soll keine bloße militärische Behörde sein, sondern die ganze Kriegswirtschaft und Kriegswirtschaft leiten. Dem Generalmajor Groener steht ein militärischer Chef des Stabes und ein technischer Chef des Stabes zur Seite. Jeder von ihnen hat einige Ressorts unter sich, so der militärische Stabschef den Personaldienst und das Nachrichtenwesen, der technische Stabschef die Bergwerke, Eisen und Stahl, Chemie und Sprengstoffe, die Landwirtschaft und die Arbeiterfrage. Zu diesen beiden Abteilungen tritt als dritte hinzu die „Wumba“, das Waffen- und Munitionsbeschaffungswesen, das unter Leitung des bisherigen Chefs der Feldzeugmeisterei General Kuyt. Die Feldzeugmeisterei, die bisher außerhalb des Kriegsministeriums stand, geht in die Wumba auf, damit die Weiterarbeit ohne Weibung verläuft. Ebenso ist hineingezogen die bisherige Fabrikationsabteilung des Kriegsministeriums. Die Wumba gliedert sich nach den verschiedenen Beschaffungsmöglichkeiten und Arten des Kriegsgüter, das hergestellte wird in mehrere Gruppen. Die vierte Hauptabteilung des Kriegsamt ist das Kriegsarbeits- und Ersatzamt unter Leitung des Oberst Marquardt, bisher Chef des Generalstabes einer Armee. An die Spitze des Kriegsarbeitsamtes tritt Oberst Probin, an die Spitze des Ersatzamtes Oberst v. Braun. Das Kriegsarbeitsamt erfährt von allen bisherigen Einrichtungen die weitaus größte Erweiterung. Nur mit Mühe hat sich in Berlin ein Haus aufstehen lassen, ein bisheriges Riesenhotel, das imstande ist, seinen Dienst aufzunehmen. Weiter gliedert sich in das Kriegsamt ein die Kriegsvollzugsabteilung unter Leitung des Majors Koett. Die Abteilung für Ein- und Ausfuhr (Oberst Kiegl) und die Abteilung für Volkswirtschaft und Ernährungsfragen unter Oberst Wilde. Die sonst noch bestehenden Beschaffungsstellen für Heeresbedarf sollen nach und nach eingezogen werden. Das Kriegsamt umfaßt dann die gesamte deutsche Arbeitstätigkeit.

Vor der schwierigsten organisatorischen Aufgabe steht natürlich das Kriegsamt. Noch weit mehr als bisher muß die Friedensarbeit Deutschlands auf Kriegsbedarf umgestellt werden. Unter dem Chef des Kriegsarbeitsamtes stehen als zwei engverbundene Gruppen die Organisation für allgemeine Arbeiterfragen und für technische Fragen. Die letztere zerfällt wieder in die Unterabteilungen Bergwerke, Eisen und Stahl, Chemie und Sprengstoffe und Landwirtschaft. Die technischen Referate sollen von dem Chef der einzelnen Gruppen zusammengefaßt und es sollen gewisse „Löpfe“ geschaffen werden, aus denen die Arbeitskräfte herausgenommen werden können. Die drei größten „Löpfe“ sind naturgemäß die Kriegsgefangenen, die Kriegsbeschädigten und die Frauen. Die Chefs der Gruppen haben dann die Aufgabe, mit Hilfe von Ausleihstellen über Arbeitskräfte und Rohstoffe so zu verfügen, daß die höchste Erzeugung erreicht wird.

Der Grundsatz der ganzen Neuorganisation soll die Ausschaltung jeder bürokratischen Geschäftsgänge werden. Insbesondere die Vermittlung überflüssigen Schreibwerks — an besser Stelle Verständigung durch Telefon und mündliche Besprechung. Die technischen Referate sind Technikern übertragen, das heißt Männern aus der Industrie, nicht Offizieren. Technischer Stabschef des gesamten Kriegsamt ist Dr. Kurt Sorge, der bisherige Leiter der Kruppischen Grusonwerke in Magdeburg.

Diese Zusammenarbeit von Offizieren und Zivilisten ist für Deutschland etwas Neues, aber notwendig zur Schaffung des angestrebten großen Zusammenfassungswerkes. Ihre Gemeinschaftsarbeit soll das Kriegsamt befähigen, das ihm gesteckte Ziel zu erreichen: die gesamte Arbeitskraft und Arbeitsleistung Deutschlands zu vereinigen, die große Firma Deutschland darzustellen. Die zwei bisherigen Dienstwege, der militärische und der technische, sollen zusammengefaßt werden und das Kriegsamt soll dafür sorgen, daß sich Offiziere und Techniker nicht in die Haare kriegen, wenn Menschen und Rohstoffe ausgetauscht werden müssen.

Die Firma „Deutschland“, das heißt das Kriegsamt, wird im ganzen Reich Vertretungen errichten. Insbesondere zu allen Generalkommandos Sachverständige entsenden. Gerade in den entscheidenden Industriebezirken des Reiches der Generalkommandobezirk nicht mit dem Industriebezirk, deshalb werden in Düsseldorf und Weßling besondere Kriegswirtschaftsbehörden geschaffen. Außerdem wird das Kriegsamt Reisende aussenden, welche die Steigerung der Produktion überwachen, die Arbeitsmethoden miteinander vergleichen und die besten Verfahrensarten für die Allgemeinheit nutzbar machen. Hierfür sind hauptsächlich die Dozenten und Studenten der technischen Hochschulen in Aussicht genommen, die für diese Zwecke vom Wehrdienst freigegeben werden sollen, den Studenten wird die Arbeitszeit im Dienste des Kriegsamt mit gewissen Beschränkungen auf die Studienzeit angerechnet werden.

Die grundlegende Arbeit bleibt bei der ganzen neuen Organisation, die Arbeitskraft des deutschen Volkes reiflos mobil zu machen, denn die Erkenntnis ist jetzt allgemeiner geworden, daß der Krieg mehr und mehr eine Arbeiterfrage wird. Selbst der größte Geldmutter führt die Truppen nicht zum Siege, wenn ihm nicht der starke Arm der Heimarbeit hilft. Selbstverständlich — so sagte man uns — sei es vollkommener Unfimm, wenn der Berliner Lokal-Anzeiger diesen bisher größten aller wirtschaftlichen Organisationsversuche mit politischen Streitfragen wie Zensur oder Schutzhaft zusammenbringe, mit denen er nicht das geringste zu tun habe. Folgendes politische Bewegungen spielen in diese Frage der Notwendigkeit und der Volkswirtschaft überhaupt nicht hinein. Ueber die Form, in der die Arbeitsdienstplicht für alle Deutschen eingeführt wird, läßt sich noch nichts Bestimmtes sagen, weil der Bundesrat in den nächsten Tagen dazu Stellung nehmen wird. Zunächst soll jedenfalls eine außerordentliche Propagandaarbeit entfaltet werden, um möglichst viele freiwillige Kräfte, insbesondere die Frauen, zur Meldung zu veranlassen. Genügen wird das nicht. Die Festlegung einer allgemeinen Arbeitspflicht wird folgen; doch bleibt es noch ungewiß, in welcher Form und in welchen Grenzen sie angeordnet wird. Selbstverständlich sollen rohe Eingriffe in die Volkswirtschaft möglichst vermieden werden, um die Produktionsleistung auch nicht vorübergehend zu stören, aber das Ziel soll dabei fest im Auge behalten werden: Wertschöpfen zu treffen und zuguterletzt Arm und Kopf und alle Fähigkeiten jedes einzelnen deutschen Menschen in den Dienst des Vaterlandes zu stellen.

Auf die Frage, welchem Kriegsziel diese ungeheure Organisationsarbeit dienen soll, wurde uns von einem Vertreter des Kriegsamt uraltwunden Auskunft gegeben. Es handelt sich nur darum, die Zukunft des deutschen Volkes und die Existenz der deutschen Arbeitermassen zu verteidigen und sicherzustellen.

Auf eine weitere Frage nach der Mitwirkung des Reichstages an der Schöpfung und Kontrolle der Firma „Deutschland“ gab man zu, daß man zuerst daran gedacht habe, alles im Verwaltungswege zu regeln; man habe sich aber überzeugt, daß es besser sei, beim Reichstage ein besonderes Ermächtigungsgesetz nachzusuchen, und der Reichstag werde daher voraussichtlich in etwa 14 Tagen wieder zusammenberufen werden — entschieden sei die Frage allerdings noch nicht.

Endlich noch der große Zweifel, wie es bei dieser Neuordnung der gesamten deutschen Wirtschaft unter Aufsicht des Kriegsamt um die Arbeiterinteressen stehen wird. Hierzu wurde versichert, daß eine Herabdrückung gänzlich ausgeschlossen sein müsse, und daß alles geschehen werde, um die Wünsche der Arbeiter zu befriedigen. Selbstverständlich werde in das Kriegsarbeitsamt auch eine Vertretung der großen deutschen Gewerkschaften berufen werden, ohne deren vorherige Befragung keine Entscheidung in Arbeiterfragen gefällt werden soll.

Soweit die uns gewordenen Mitteilungen. Der erwartete Blatt ist gewiß großzügig und an seiner Notwendigkeit wird man, solange sich die Möglichkeit des Friedensschlusses nicht zeigt, kaum zweifeln können. Denn wie die Sommeschlacht gezeigt hat, muß mit Blut gut gemacht werden, was an Kriegsmaterial mangelt, und das deutsche Volk wird jedenfalls lieber Arbeit als Menschenleben im weitesten Umfang zu opfern bereit sein.

Außer über diesen Grundsatz läßt sich ein Urteil über das neue Kriegsamt wohl noch nicht fällen, weil alles von der Durchführung dieser Gedanken abhängt. Ein besonders wichtiger Punkt wird dabei die vollkommene Gleichmäßigkeit der Behandlung der Angehörigen aller Klassen sein. Neue Arbeitskräfte wird man ja am besten aus den Reihen derjenigen gewinnen können, die bisher trotz schwerer Zeiten unter Kriegsnot ein mühsiges Gewerbeleben geführt haben. Je weiter die Arbeitspflicht ausgedehnt wird — eine allgemeine Arbeitspflicht für Frauen scheint zunächst nicht in Aussicht genommen zu sein — desto notwendiger wird die Ausbreitung der Waffenproduktion werden, die ja naturgemäß eine große Menge von Arbeitskräften freisetzt. Mithin wird damit auch das Gamsieren und üppige Leben gewisser Kreise, die bisher den ganzen Tag an nichts anderem zu denken hatten, als daran, wie sie sich den Bauch füllen, ein wenig wirksamer als bisher bekämpft werden. Aber wir wiederholen: Voraussetzung dafür ist die reiflose Gleichheit der Behandlung aller Volksgenossen, das unbedingte Vermeiden jeder Bevorzugung der Reichen. Nur unter dieser Be-

dingung werden diejenigen, die wirtschaftliche Not schon immer zu unausgesprochenem Arbeitsdienst gezwungen hat, sich mit dem Gedanken des staatlichen Arbeitszwanges abfinden können.

Rein grundsätzlich gesehen ist die jetzt vorbereitete Organisation allerdings die stärkste kriegssozialistische Maßnahme, die bisher in Deutschland getroffen worden ist. Alle natürlichen Hilfsquellen, alle Rohstoffe und alle Arbeitskräfte des Landes sollen von einer Zentrale aus geleitet, die gesamte Produktion nach Möglichkeit und zweckmäßiger Arbeitsmethode unter Aufsicht der Behörden gestellt werden. Jedes Fabrikationsgeheimnis hört auf, die beste Herstellungsweise soll Gemeingut jedes Industriebetriebes werden. Weit über die bloße Verteilung hinaus greift unter dem Druck der gewaltigen Mehrmeisterin Not die staatliche Regelung den gesamten Produktionsprozeß. Auch für die Landwirtschaft wird an staatlicher Aufsicht und Anleitung durchgeführt, was im Augenblick ausführbar erscheint, mag man es nun Produktionszwang oder staatliche Produktionsförderung nennen.

In der Idee ist das gewiß ein ungeheurer Fortschritt; für die Praxis wird die Arbeiterschaft durch eine weitverbreitete Presse und starke einseitige wirtschaftliche wie politische Interessvertretung mit höchster Aufmerksamkeit und Anstrengung dafür sorgen müssen, daß nicht reiner Staatskapitalismus, sondern ein Stück Staatssozialismus das Ergebnis ist. Jedenfalls wird es immer unwahrscheinlicher, daß nach Friedensschluss die staatliche Regelung wieder vollkommen preisgegeben und die alle anarchische Wirtschaft der freien Konkurrenz wieder hergestellt wird. Ein Neues bildet sich im Wirtschaftsleben und stellt die Arbeiterschaft vor neue Kampfaufgaben, die nicht kleiner, sondern ungleich größer sind, als alle ihre Arbeit in früherer Friedenszeit. Nur die größten und geschlossensten Arbeiterorganisationen werden unter den neuen Verhältnissen die Interessen der schaffenden Hand mit gebührendem Nachdruck wahrnehmen können.

Mit tiefem Schmerz wird gerade angeblickt der neuen Pläne wirtschaftlicher Zusammenfassung die Arbeiterschaft beklagen müssen, daß es erst des Weltkrieges bedurf hat, um diesen sozialistischen Gedanken zur Anerkennung zu verhelfen. Ein wenig von diesem Organisationsgeist, vor 1914 in die Wirklichkeit überführt, hätte der Menschheit das furchtbare Gemetzel und Grauen des Weltkrieges erspart können.

Ein Stellvertretendes Generalkommando zu den Lohn- und Arbeitsverhältnissen

Am 26. Oktober 1916 hat die Bezirksleitung vom 9. Bezirk des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes an die Stellvertretenden Generalkommandos vom 13., 14. und vom 2. Bayerischen Armeekorps eine längere Eingabe gerichtet. In dieser war auf die teilweise unhaltbaren Zustände in der Industrie hingewiesen worden. Vor allem auf die außerordentlich niedrigen Verdienste, die einzelne Firmen mit Heeresaufträgen ihren Arbeitern heute noch zu bieten wagen. Weiter, daß eine bedeutende Anzahl von Firmen nicht einmal Zuschläge für Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit gewähren. Ein weiterer Teil der Eingabe befaßte sich mit den Ernährungs-schwierigkeiten und verlangte auch hier Abhilfe.

Die zuständige Abteilung des Stellv. Generalkommandos vom 13. Armeekorps setzte sich sofort mit dem Bezirksleiter, Kollegen Wörhöfzer, in Verbindung, der darauf mit dem Abteilungs-offizier eine eingehende Aussprache hatte. Berechtigten Beschwerden wurde weitgehendste Abhilfe zugesichert und auch in der Ernährungsfrage wurde das Generalkommando tun, was in seinen Kräften stehe, um die zuständigen Stellen zu wirksamem Eingreifen zu veranlassen.

Unterm 7. November gingen nun der Bezirksleitung des 9. Bezirks folgende Schriftstücke zu:

Stellv. Generalkommando XIII. Armeekorps.

Abt. II g.

Auf die Eingabe vom 26. Oktober 1916.

An den Deutschen Metallarbeiter-Verband.

Stuttgart, Röttestraße 16.

Hinsichtlich der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ist anliegendes Schreiben erlassen worden. Im übrigen glaubt das Stellv. Generalkommando zunächst die Wirkungen der Ausdehnung des Kriegs-ausschlusses auf die übrigen Landesteile abwarten zu sollen.

Hinsichtlich der Ernährungsfrage ist das Stellv. Generalkommando mit dem R. Ministerium des Innern in Verbindung getreten.

v. Schäfer.

In einer Beilage war die Abschrift des Schreibens beigelegt, das an die Firmen abgegeben ist, die mit Heeresaufträgen beschäftigt sind. Dies hat folgenden Wortlaut:

Stuttgart, den 1. November 1916.

Das Stellv. Generalkommando ist besetzt, den Betriebs-, welche mit Heereslieferungen unmittelbar oder mittelbar befaßt sind, die nötigen Arbeitskräfte, soweit es mit der militärischen Bedürfnissen irgendwie vereinbar ist, zuzuführen.

Wenn von der Industrie Höchstleistungen verlangt werden, so kann eine solche Ausspannung nachhaltig von den Arbeitern nur dann erwartet werden, wenn ihrer Entlohnung den gegenwärtigen Lebensbedingungen im allgemeinen und den persönlichen Verhältnissen des Arbeiters im besonderen durchaus entspricht. Die teuren Lebensmittelpreise müssen in der Höhe der Entlohnung ein Gegengewicht finden und die persönlichen Verhältnisse der Arbeiter müssen durch Gewährung von Familienunterstützungen bei getrennten Wohnorten des Arbeiters und seiner Familie berücksichtigt werden.

Das Stellv. Generalkommando behält sich vor, Bescheidnen, die ihm hinsichtlich der Entlohnung zukommen sollten, im einzelnen nachzugeben.

Ein allgemein zu regelnder Punkt ist die Ueberzeitenschädigung. Es wird erwartet, daß die im wesentlichen überall üblichen Entschädigungen für Ueberzeitarbeit allgemein zur Durchführung kommen. Hiernach wird im allgemeinen vergütet: für gewöhnliche Ueberstunden Zuschläge von 25 v. H. für Ueberstunden bei Nacht- und Sonntagsarbeit Zuschläge von 50 v. H. des Stundenlohnes.

An die Heeresauftragsträger.

v. Schäfer.

stimmende über die Wiederaufnahme der Arbeit abstimmen. Die Abstimmung ergab ganz wenige Stimmen gegen Wiederaufnahme der Arbeit.

Bereits am Montag, 31. Oktober, teilte Herr Dr. Nischke Schulz und Koch mit, daß eine Lohnzulage für Lohn- und Lohnakkordarbeiter in Höhe bis 50 % den Tag vorzugehen sei, ebenfalls solle eine durchgehende Regelung für schlechtbezahlter Afforde vorgenommen werden.

Dieses Ergebnis war Gegenstand einer am 7. November im Zirkus Busch abgehaltenen Versammlung, die von ungefähr 4 bis 5000 Personen besucht war. Auch hier war der Bevollmächtigte der Metallarbeiter, W. Koch, Berichterstatter.

In der Aussprache kam zum Ausdruck, daß das, was die Werften geboten, vorläufig zu nehmen sei. Sollten die Werften sich einer durchgreifenden Regelung der Afforde widersetzen, wird die jetzt wieder hergestellte Ruhe in Unruhe umschlagen.

Das Genossenschaftswesen

[?] Die Konsumgenossenschaftliche Bewegung in Berlin ist lange Jahre hinter der anderer deutscher Großstädte in auffallender Weise zurückgeblieben. Worin diese Tatsache ihren Grund hatte, weiß man ganz genau.

Seite ist die Berliner Konsumgenossenschaft nach Mitgliederzahl und Umsatz an die Spitze der deutschen Konsumvereinsbewegung gekommen und noch scheint das, was man aus ihrem Geschäftsbericht für das 17. Geschäftsjahr 1915/16 entnehmen kann, nur der Anfang einer Entwicklung zu sein, die riesige Ausmaße vor sich hat.

Man kann nur mit größter Befriedigung feststellen, wie ziefig und unauffhaltsam diese Entwicklung ist, die, nachdem sie einmal und endlich eingesetzt hat, auch nicht stillstehen wird.

Aus den Einzelheiten dieses großen genossenschaftlichen Betriebs ist unter anderem anzuführen, daß allein der Umsatz mit Butter 2.835.057 M betrug, bei Eiern 816.002 M.

gegen 9.951.757 im Vorjahre. Die Berliner haben sich aber auch gleich eine Konditorei zugelegt, die einen Erzeugungswert von 618.356 M erzielte, desgleichen eine Mineralwasserfabrik mit einem Umsatz von 564.465 Flaschen im Wert von 93.976 M.

Diese Entwicklung- und letzte Jahreszahlen zeigen, was die genossenschaftliche Organisation für die Familienwirtschaft bedeutet. Und noch ist nicht einmal die ganze vorhandene Mitgliederzahl an den Warenumsätzen beteiligt.

Alles in allem: ein genossenschaftlicher Wirtschaftsbetrieb, der einen handgreiflichen Anschauungsunterricht dafür bietet, wie die Verbraucher es in der Hand haben, ein Stück Sozialismus aus sich selbst und für ihre eigene Wirtschaft zu schaffen.

Unser Verband in der 118. Kriegswocde

Das Ergebnis der Erhebungen über die Mitgliederbewegung und Arbeitslosigkeit im Verband während der 118. Kriegswocde ist in nachstehender Übersicht dargestellt.

Zugunstreifender Meldung sind Berichte hierzu nicht eingegangen von den Verwaltungsstellen: Köslin, Ratibor, Tangermünde, Osterholz-Scharmbeck, Uetersen, Weisweilberg, Strönd, Zweibrücken und Lindau.

Table with columns: Bezirk, Verwaltungsteilen haben, Mitgliederzahl am Anfang der Woche, Mitgliederzahl am Ende der Woche, etc.

In der Berichtswocde wurden (außer Berlin) 1941 neue Mitglieder aufgenommen. Zum Geer eingezogen wurden 794, vom Geer entlassen 661 Mitglieder.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 26. November der 49. Wochenbeitrag für die Zeit vom 26. November bis 2. Dezember 1916 fällig ist.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 8 des Verbandsstatuts gestattet:

Der Verwaltungsstelle München von der 50. Woche ab für die 1. Klasse 30 %, für die 2. Klasse 15 % und für weibliche und jugendliche Mitglieder 10 % die Woche.

Ansgeschlossen werden nach § 22 des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Berlin: Der Dreher Hermann Sembert, geb. 29. August 1858 zu Glaf, Buch-Nr. 574588, wegen Denunziation.

Die Mitglieder und Ortsverwaltungen machen wir darauf aufmerksam, daß für das Jahr 1916 53 Wochenbeiträge zu entrichten sind.

Berichte

Rohrleger und Helfer.

Berlin. Bei der vor einigen Monaten erfolgten Regelung der Lohnverhältnisse der Rohrleger und Helfer war eine Verständigung dahin getroffen worden, daß die Rohrleger und Helfer eine Teuerungszulage von 10 % erhalten, alle Jugendlichen unter 18 Jahre 8 %.

zulage um 10 % zu erhöhen und die Landzulage, die gegenwärtig 3,50 M beträgt, einschließlich einer Teuerungszulage auf mindestens 5 M zu erhöhen. In einer gemeinsamen Sitzung der Schlichtungskommission erklärten die Unternehmer, daß eine Notwendigkeit zur Erhöhung der Teuerungszulage gar nicht bestehe, da eine Preissteigerung der Lebensmittel gar nicht eingetreten, ein Teil der Lebensmittel sogar billiger geworden seien.

Rundschau

Brotzulagen für Schwerstarbeiter.

Das Kriegsernährungsamt sagt darüber in Nr. 244 (14. November 1916) seiner Mitteilungsblätter: Neben den Zulagen an Brot und Mehl, welche die einzelnen Kommunalverbände für die körperlich schwer arbeitende Bevölkerung ausgeben, ist schon bisher bestimmten Gruppen von besonders schwer beanspruchten Arbeitern (Schwerstarbeitern) eine höhere Zulage gegeben worden.

Zu berücksichtigen waren in erster Linie die Bergarbeiter unter Tage, die auch bei den mittleren und unteren unter Tage beschäftigten Grubenbeamten vorliegt, ferner die Arbeit am Feuer oder unter der unmittelbaren Einwirkung der strahlenden Hitze des heißen Metalls, oder unter dem Einfluß schädlicher Gase in der Eisenindustrie und in anderen Metallhütten und Metallgießereien.

Die bisher verschiednen beantwortete Frage, ob auch Arbeiterinnen, auf welche die maßgebenden Merkmale zutreffen, unter die Schwerstarbeiter zu rechnen sind, ist bejaht worden, auch sollen freie ausländische Arbeiter den Inländern gleichstellen.

Die Zulagen oder die entsprechenden Brotmarken sind bisher regelmäßig den Arbeitern von den Arbeitgebern ausgedient und es ist dabei nicht selten innerhalb des einzelnen Betriebes so verfahren worden, daß die nach der Zahl der Schwerstarbeiter überwiegenden Zulagen innerhalb eines Kreises von Arbeitern verteilt worden sind.

Besonderen Wert legt das Kriegsernährungsamt darauf, daß bei der Durchführung betrauten Verwaltungsbehörden enge Fühlung mit Arbeitgeber und Arbeitnehmern halten; die dafür nötigen Vorkehrungen sollen getroffen werden.

Feldmarschall Hindenburg über die Ernährungstragen.

Die Bergisch-Märkische Zeitung veröffentlicht das folgende Schreiben Hindenburgs an den Reichsstatler: Hier Erstellen ist bekannt, vor welche ungeliebten Aufgaben unsere Kriegsindustrie für einen streitigen Ausgang des Krieges gestellt ist.

Mitwirkung der Landeszentralbehörden und der diesen unterstellten Verwaltungs- und Kommunalbehörden.

In den Kreisen dieser Behörden scheint nicht überall ausreichend erkannt zu sein, daß es um Sein oder Nichtsein unseres Volkes und Meiß geht.

Es ist unmöglich, daß unsere Arbeiterkraft auf die Dauer leistungsfähig bleibt, wenn es nicht gelingt, ihr eine nach gerechten Gesichtspunkten verteilte ausreichende Menge Fett zuzuführen. Sowohl aus dem Nahrungsmittel, dem Sledge, wie auch aus anderen Industrieprodukten wird mit Bedacht, daß es immer noch nicht gelungen ist, eine ausreichende, einigermaßen gerechte Fettverteilung zu bewirken. Im Siegerlande soll seit Monaten nur eine ganz geringfügige Fettmenge verfügbar gewesen sein.

Von diesen Dingen scheint man in den rein landwirtschaftlichen Gebieten Deutschlands und in den Kreisen der führenden Männer unserer Landwirtschaft nicht genügend unterrichtet zu sein. Für die Landwirtschaft ist die Aufgabe nicht nur in der selbstverständlichen Steigerung der Produktion zu erblicken, sondern auch darin, ihre Produkte, insbesondere das Fett, in weitestem Maße freiwillig dem Verbrauch zuzuführen.

Mit staatlichem Zwang wird es nach dem bisher nur wenig erreicht, wohl aber verspreche ich mit Erfolg von einer umfassenden, großzügig organisierten Propaganda durch die Führer der Landwirtschaft zugunsten der Ernährung unserer Kriegskriegsindustriearbeiter.

Alle staatliche Regelung des Verbrauchs muß versagen, wenn nicht die verständnisvolle, freiwillige Mitwirkung aller Schichten der Bevölkerung in Stadt und Land zu Hilfe kommt und jeder Deutsche im Innersten davon durchdrungen ist, daß diese Mitwirkung ebenso Vaterländische Pflicht ist, wie die Fingabe von Leib und Leben im Kampf an der Front.

Ente Erzeilung bitte ich, in eindringlichster Weise allen Bundesregierungen, Verwaltungs- und Kommunalbehörden den Ernst der Lage vor Augen zu führen und sie aufzufordern, die ausreichende Ernährung unserer Kriegskriegsindustriearbeiter mit allen Mitteln zu betreiben, starke Persönlichkeiten aller Parteien als Führer des Heimatheeres hinter Pfug und Schraufstod zu einmütigen Handeln zu verbinden und den furor teutonicus in der Heimat beim Bauern, wie beim Industriearbeiter und Städter zu wecken.

Der Reichslangler hat in einem Schreiben an die Bundesregierungen diesen Ausführungen Hindenburgs, die ein sehr erster Appell an das Pflichtgefühl der Verwaltungsbehörden, wie der gesamten Landwirtschaft sind, in vollem Maße zugefimmt.

Die Zustimmung des Reichslanglers allein wird aber den gewünschten Erfolg nicht herbeiführen, es muß da schon der nötige Druck auf die untätigen und widerstrebenden Kräfte ausgeübt werden.

Erhöhung der Reichsunterstützung für Kriegerfamilien.

Der Reichstag hat am 4. November die vom Reichshaushaltsausschuß beschlossene Resolution über die Erhöhung der Familienunterstützung angenommen. Die Resolution fordert im Sinne des sozialdemokratischen Antrags 20 M für die Frau des Kriegsteilnehmers und 10 M für jeden weiteren Angehörigen als Reichsunterstützung. Die Gemeindezuschläge sollen nach dem Grade der Bedürftigkeit bemessen, also keineswegs herabgesetzt, sondern in bestimmten Gemeinden erhöht werden. Die Regierung hat sich trotz Drängen des Reichstags nicht zu gewissen Erklärungen über die Ausführung der Resolution bewegen lassen, sie hat aber eine wesentliche Erhöhung der Unterstüttzung in Aussicht gestellt. Sie verläutet, soll die Erhöhung nach den in der Resolution geforderten Sätzen in Aussicht genommen sein. Die Reichsunterstützung würde dann also ab 1. Januar 20 M für die Frau und 10 M für jeden weiteren Angehörigen betragen. Am 1. Dezember soll ein außerordentlicher Zuschuß zu den Unterstüttzungen gegahit werden, der voraussichtlich 10 M für die Frau und 5 M für jeden weiteren Angehörigen betragen dürfte.

Damit wäre wenigstens ein Teil dessen, was der sozialdemokratische Antrag verlangt, erreicht. Die Erhöhung ist besonders dringend nötig in manchen Gemeinden, die ihre Zuschtspflicht sehr engherzig handhaben. Hoffen wir, daß die Erörterungen unserer Krieger und ihrer Familien nicht enttäuscht werden.

Arbeiterversicherung.

Die verfassungsmäßigste Zugehörigkeit der Grammophonfabriken, sk. Nach einer grundsätzlichen Entscheidung des Reichsversicherungsamtes vom 6. November 1915 gehören Betriebe, in denen Grammophone und Grammophonbestandteile hergestellt werden, nicht ausschließlich zur Unfallversicherungsanstalt der Musikinstrumentenindustrie. Das Reichsversicherungsamt führt (Mitteilungen I. 6679/15) des näheren aus:

Die Ermittlungen über die gegenwärtigen Verhältnisse der Grammophonfabrikation haben ergeben, daß es sich bei ihnen in der Hauptsache um feinnormige Arbeiten und um Metallbearbeitung handelt. Die in solchen Betrieben beschäftigten Arbeiter sind in der weit überwiegenden Mehrzahl nicht eigentlich Instrumentenmacher, sondern Feinnormmacher, Metallarbeiter und ähnliche Facharbeiter. Für die berufsgenossenschaftliche Zugehörigkeit dieser Betriebe kommen zunächst die Berufsgenossenschaften der Feinnorm- und Elektrotechnik, dann die Metallberufsgenossenschaft in Betracht. Andererseits muß aber auch der Umstand berücksichtigt werden, daß die Grammophone vielfach ausschließlich oder überwiegend zur Wiedergabe von Musikstücken verwendet werden. In dieser Hinsicht hat die Berufsgenossenschaft der Musikinstrumentenindustrie zutreffend darauf hingewiesen, daß handels- und zollpolitisch die Grammophone und ähnliche Instrumente überwiegend als Musikinstrumente behandelt werden. Auch der allgemeine Sprachgebrauch verbindet mit dem Worte 'Grammophon' meist die Vorstellung eines zur Wiedergabe von Musikstücken bestimmten Instrumentes. Bei dieser Sachlage läßt sich die Zuteilung sämtlicher Grammophonfabriken an eine und dieselbe Berufsgenossenschaft nicht rechtfertigen. Den Ausschlag muß dabei vielmehr der Umstand geben, festlich. Den Ausschlag muß dabei vielmehr der Umstand geben, ob die in den Betrieben hergestellten oder sonst verarbeiteten Grammophone und ähnliche Instrumente überwiegend zur Wiedergabe von Musikstücken oder zur Wiedergabe des gesprochenen Wortes (Sprachmaschine im engeren Sinne) Verwendung finden sollen. Im ersten Falle haben die Betriebe der Berufsgenossenschaft der Musikinstrumentenindustrie anzugehört, im letzten Falle derjenigen Berufsgenossenschaft, der der Betrieb nach der Art der Herstellung oder Verarbeitung des Stoffes angehört. Die Entscheidung hierüber wird nur von Fall zu Fall erfolgen können. Hierbei werden auch andere Gesichtspunkte für die Zuteilung mit heranzuziehen sein, so zum Beispiel, ob der betreffende Herstellungsbetrieb seiner Art nach überwiegend der Fabrikation von Musikinstrumenten oder zu einem wesentlichen Teile aus anderen Fabrikationszweigen dient, ferner, ob die Grammophone an Geschäften, in denen ausschließlich oder überwiegend Musikinstrumente verkauft werden, abgesetzt werden oder an Geschäften, die sich mit dem Verkauf von Jahrbüchern, von Nähmaschinen und dergleichen befassen.

Das Sparfassenbuch des Lehrlings.

Die Firma Kajainenfabrik für Mühlenbau normaler Rappier in Berlin legt für ihre Lehrlinge Sparfassenbuch an, die so zuzubereitend kommen, daß dem Lehrling für jede Arbeitswoche ein Spargeld von 50 S gutgeschrieben wird bei der Spardate der Stadt Berlin auf den Namen des Lehrlings eingezahlt wird. Diese Sparfassenbuch ist im Lehrvertrage ausdrücklich vereinbart. Aber im Vertrage wird auch gesagt, daß nur die Firma zu bestimmen hat, ob das Spargeld bei der Spardate oder zu einem anderen Zeitpunkt der Firma überwiesen wird. Der Lehrling hat die Firma nicht weiter, sondern muß in einem anderen Betriebe Arbeit als Schlichter geleistet.

Deshalb machte die Firma von ihrem vermeintlichen Recht Gebrauch und verweigerte dem Kläger das Eigentumsrecht an dem auf seinen Namen bei der Sparkasse eingetragenen Guthaben von 105 M. Der Kläger forberte, daß die Firma zur Herausgabe seines Sparfassenbuches verpflichtet werde. Der Vater des Klägers betonte, er habe bei Abschluß des Vertrages als selbstverständlich vorausgesetzt, daß der Sohn nach beendeter Lehrzeit das Spargeld auch wirklich bekomme. Alle anderen Lehrlinge, die als Gesellen bei der Firma weiterarbeiteten, hätten die Sparfassenbücher auch erhalten. Der Vertreter der Firma berief sich dagegen auf den erwähnten Vertragspassus und meinte, die Firma habe erwartet, daß der Kläger nach ein paar Monate bei ihr arbeiten werde. Da er das nicht tat, habe er sich die Verweigerung der Spargelder selbst zuzuschreiben.

Die Firma wurde zur Herausgabe des Sparfassenbuches an den Kläger verurteilt mit der Begründung: Wenn sich die baltische Firma das Recht sichern wollte, die Auszahlung des Sparguthabens aus irgendwelchen Gründen zu verweigern, dann hätte sie den Vertrag anders abfassen müssen als es geschehen ist. In diesem Punkt sei der Vertrag juristisch sehr ungeschicklich gemacht. Die Sache liege so: In dem Augenblicke, wo der Geldbetrag auf den Namen einer bestimmten Person gutgeschrieben wird — sei es auch nur in den Geschäftsbüchern der Firma — wird das Geld Eigentum der betreffenden Person. Erst recht sei das der Fall bei Einzahlungen auf ein Sparfassenbuch. Das auf den Namen des Klägers lautende Sparfassenbuch ist Eigentum des Klägers. Die Firma hat darüber nicht zu bestimmen.

Vom Ausland

Skandinavien.

(IK) Interkandinawische gewerkschaftliche Konferenz. Vertreter der Landeszentralen der skandinavischen Länder hielten am 21. und 22. Oktober in Stockholm eine Konferenz ab. Sie behandelte zunächst die Frage der beabsichtigten gewerkschaftlichen Konferenz in Bern am 11. Dezember. Es wurde beschlossen, mit dem Sekretariat in Berlin Verhandlungen über Zeit und Ort einer internationalen Konferenz einzuleiten. Zu diesen Verhandlungen sollten die Landeszentralen je einen Vertreter entsenden.

Zur Erörterung gelangte dann ein Vorschlag auf eine interkandinawische Verlegung des internationalen Sekretariats; aber da der Zweck einer solchen Verlegung nur sein kann, die Internationale ungeschwächt zu erhalten, wurde beschlossen, die Angelegenheit durch die erwähnte Delegation näher untersuchen zu lassen.

Dem amerikanischen Vorschlag auf Abhaltung eines Arbeiter-Friedenskongresses neben dem Friedenskongress der kriegführenden Staaten und dem für den Arbeiter-Friedenskongress in Aussicht genommenen Programm trat die skandinavische Konferenz grundsätzlich bei, sie hielt es aber für notwendig, daß die endgültige Fassung des Programms von Vertretern sämtlicher der Internationale angehörenden Organisationen in einer bei passender Gelegenheit stattfindenden internationalen Konferenz bestimmt werden soll. Die skandinavische Konferenz ist der Meinung, daß das internationale Sekretariat die Vorbereitung des Arbeiter-Friedenskongresses in die Hand nehmen sollte.

(IK) Kopenhagen, den 15. November. In Fortsetzung der vorigen Monat zu Stockholm abgehaltenen skandinavischen Gewerkschaftskongresses trafen sich die Gewerkschaftsführer der drei nordischen Länder am 10. und 11. November in Kopenhagen. Als Vertreter des internationalen Sekretariats war Genosse Wilhelm Hansson aus Berlin erschienen. Aus Schweden und Norwegen nahmen teil Herman Lindquist und Ole Lean, die Führer der beiden Landeszentralen. Die dänische Landeszentrale war durch Carl S. Raben, S. A. Hansen, Gedebøl und Stenning vertreten. Zur Erörterung gelangte außer inneren Angelegenheiten die Frage der geplanten internationalen Konferenz; es wurde folgender Beschluß gefaßt:

Da es unter den zurzeit herrschenden Verhältnissen als schwierig angesehen werden muß, eine internationale gewerkschaftliche Konferenz mit der Vertretung, die wirünschenswert wäre, abzuhalten, da ferner die auf einer solchen Konferenz zu behandelnden Fragen noch nicht vorbereitet sind, beschließen die Vertreter der skandinavischen Landeszentralen, nach eingehender Beratung der Sachlage mit einem Vertreter des internationalen Sekretariats, diese aufzuführen, die auf den 11. Dezember zu Bern einberufene Konferenz zu verschieben. In einem späteren Zeitpunkt, wenn die Verhältnisse sich derartig verändert haben, daß mit größerer Aussicht auf allgemeine Beteiligung gerechnet werden kann, möge eine Konferenz einberufen werden, in welcher die Frage der Forderungen der organisierten Arbeiter beim kommenden Friedensschluß ebenfalls zur Behandlung gelangen sollte.

Dieser Beschluß wird dem internationalen Sekretariat zugesellt. Es dürfte, sagt der Sozialdemokrat bei, als wahrscheinlich anzunehmen sein, daß die Konferenz in Bern bis auf weiteres verschoben wird.

Allgem. Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (R. a. G. Hamburg.)

Einnahmen und Ausgaben der Hauptkassa im Oktober 1916.

Table with columns for 'Einnahmen' and 'Ausgaben'. Lists various cities and amounts received and spent. Total income is listed as 79,794.04 and total expenditure as 15,370.44.

Large list of names and locations under the heading 'Ausgaben'. Lists expenses for various regions and individuals, totaling 79,794.04.

Summary table of 'Ausgaben' (Expenses) for October 1916. Shows total income of 79,794.04 M and total expenditure of 15,370.44 M. Includes a section for 'Abfall' (Waste/Residual) of 64,423.60 M.

Mit Gruß C. Dutenuß, Hauptkassierer.

Eingegangene Schriften

Technisches Hilfsbuch. 3. Auflage 1916. Herausgegeben von Schulhardt & Schütte. Verlag von Julius Springer. Werkzeugschneiderei in Berlin und Guben und hat Vertretungen und Verkaufsstellen in einer Reihe von großen Städten Europas, Amerikas, Afrikas und Australiens.

Vorbands-Anzeigen

Mitglieder-Versammlungen. Vertrauensleutezusammenkünfte. Sonntag, 3. Dezember. 9 Uhr, abends halb 9 Uhr, im Metz-Rometen, Al-Sincenz-Str. 19, 3.